

CONV 24/02

CONTRIB 8

ÜBERMITTLUNGSVERMERK

des	Sekretariats
für	den Konvent

Betr.:	Beitrag eines Mitglieds des Konvents
--------	--------------------------------------

Der Generalsekretär des Konvents hat den beiliegenden Beitrag von dem Mitglied des Konvents Herrn Dr. Erwin Teufel erhalten.

Ministerpräsident Erwin Teufel

Eckpunkte für den Konvent

I. Kompetenzordnung

1. Zusammenstellung eines Kompetenzkataloges auf der Grundlage des Subsidiaritätsprinzips, in dem die vertraglichen Kompetenzen nach Kompetenzkategorien wie

- ausschließliche EU-Kompetenzen
- Grundsatzkompetenzen der EU und
- Ergänzungskompetenzen der EU

gegliedert werden.

2. Schutz mitgliedstaatlicher Aufgabenerfüllung durch Verankerung mitgliedstaatlicher Bereiche, die die Ausübung der EU-Zuständigkeiten begrenzen (z. B. Staats- und Verwaltungsaufbau, Verwaltungsvollzug, kommunale Selbstverwaltung, Verhältnis zu den Kirchen, öffentliche Sicherheit und Ordnung, öffentliche Daseinsvorsorge, Bildungswesen, Kulturförderung, Medienordnung, Sozialversicherung, Raumordnung).

3. Zusammenfassende Herausarbeitung von Kompetenzausübungsprinzipien:

- Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung
- Subsidiaritätsprinzip
- Verhältnismäßigkeitsprinzip
- Prinzip der loyalen Zusammenarbeit („Gegenseitige Unionstreue“)

- Respektierung der nationalen Identität der Mitgliedstaaten einschließlich ihres inneren Aufbaus (Regionen und kommunale Selbstverwaltung)
 - Vollzugszuständigkeit grundsätzlich der Mitgliedstaaten
 - Klarstellung, dass die allgemeinen Zielbestimmungen, die sich am Beginn des EG-Vertrages finden, allein nicht als Handlungsermächtigungen ausreichen, sondern lediglich die ausdrücklichen Kompetenzen konturieren.
 - Klarstellung, dass auch die Querschnittsklauseln, die die Berücksichtigung bestimmter Politikziele vorsehen (z. B. Umweltschutz, Gesundheitsschutz, Gleichstellung von Frauen und Männern, Vielfalt der Kultur), ebenfalls nicht für sich allein kompetenzbegründend wirken können.
 - Verankerung des Grundsatzes, dass, wenn eine spezielle Kompetenz tatbestandlich nicht vorliegt, nicht auf die allgemeinen Bestimmungen (insbesondere über den Binnenmarkt) zurückgegriffen werden kann.
4. Auflösung der Säulenstruktur der Verträge, grundsätzliche Einbeziehung der Bereiche Außen- und Sicherheitspolitik sowie Inneres und Justiz. Übertragung weiterer Aufgaben auf diesen Gebieten, z. B. exekutive Befugnisse für Europol, Europäische Grenzpolizei.
 5. Überprüfung der Kompetenzverteilung in Einzelbereichen (z. B. Präzisierung des Binnenmarkt-Artikels und der Vertragsergänzungskompetenz des Artikels 308 EG-Vertrag).
 6. Regelung zur Rückübertragung von EU-Kompetenzen auf die Mitgliedstaaten.
 7. Zur verfahrensmäßigen Absicherung der Kompetenzordnung Ergänzung der bestehenden Gerichtsbarkeit des Europäischen Gerichtshofs in besonderen Fällen durch eine gemeinsame Schieds- oder Entscheidungsinstanz.

II. Demokratie, Transparenz und Effizienz

1. Demokratische Legitimierung und Transparenz der Organe

- Im Hinblick auf das Europäische Parlament weitergehende Einführung des Mitentscheidungsverfahrens in der Gesetzgebung als Regelfall.
- Abschaffung der Unterscheidung zwischen obligatorischen und nicht-obligatorischen Ausgaben; umfassende Haushaltszuständigkeit des Europäischen Parlaments.
- Vertragliche Verankerung eines einheitlichen Wahlrechts zum Europäischen Parlament (Verhältniswahlrecht mit Möglichkeit regionaler Wahlkreise).
- Im Rat klare Unterscheidung zwischen exekutiven und legislativen Funktionen.
- Neuregelung der Wahl des Kommissionspräsidenten (entweder durch das Europäische Parlament oder verbunden mit den Europawahlen).

2. Rolle der nationalen Parlamente

- Gemischtes politisches Gremium aus Vertretern der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments, das der Überwachung der Kompetenzordnung und des Subsidiaritätsprinzips bei der EU-Rechtsetzung dient (siehe oben).
- Sofern auch nach der Reform Bereiche bleiben, in denen das Europäische Parlament bei europäischem Handeln nicht qualifiziert mitwirken kann, müssten die nationalen Parlamente diese Aufgabe wahrnehmen.

3. Arbeitsweise der EU-Organe

- Auf der Grundlage einer klaren Kompetenzordnung Ausweitung der Beschlussfassung im Rat mit qualifizierter Mehrheit (doppelte Mehrheit von

Staaten und Bevölkerungszahl) als Regelfall.

- Mitentscheidungsverfahren mit dem Europäischen Parlament als Regel.
- Längerfristig Vorsitzregelungen in der Präsidentschaft und im Vorsitz der Fachministerräte.
- Stärkere Koordinierung der Ratsarbeit.

III. Vereinfachung der Verträge, Grundrechtecharta, Verfassung

1. Herausarbeitung eines Verfassungsvertrages auf der Grundlage der bestehenden Verträge.
2. Verankerung einer Europäischen Union mit Rechtspersönlichkeit unter Verschmelzung der drei bisherigen „Säulen“ im Verfassungsvertrag.
3. Einbeziehung der in Nizza feierlich proklamierten Grundrechtecharta in den Verfassungsvertrag (Verweisung auf die Grundrechtecharta als Vertragsbestandteil oder Aufnahme des gesamten Textes).
4. Regelungen zur Änderung des Verfassungsvertrages (Institutionalisierung des Konvents) und der übrigen Verträge.
